

Börse

SMI
9690 Punkte

+0.3%



Die Besten

Novartis N	+1.2%
Roche GS	+1.0%
Lonza N	+0.7%

Die Schlechtesten

CS Group N	-2.4%
Swatch Group I	-2.3%
LafargeHolcim N	-1.5%

Dow Jones Ind. 24'222 Punkte

Nasdaq Comp. 9192 Punkte

-0.5% +0.8%

Euro in Franken	1.052	-0.11%
Dollar in Franken	0.973	0.28%
Euro in Dollar	1.081	-0.39%
GB-Pfund in Franken	1.200	-0.50%
Öl (Nordsee Brent) in Dollar	30.38	2.4%
Gold (Unze) in Dollar	1699.20	-1.6%
Silber (Unze) in Dollar	15.74	1.5%

Nachrichten

Schlechte Lage der Schweizer Industrie

Industrie Die Schweizer Maschinen-, Elektro- und Metall-Industrie (MEM-Industrie) hat im ersten Quartal die Auswirkungen der Covid-19-Krise zu spüren bekommen. Auftragseingang und Umsatz bildeten sich zurück. Voll treffen werden die Folgen der Pandemie die Branche aber erst im zweiten und dritten Quartal. Konkret sanken in der MEM-Industrie die Auftragseingänge im ersten Jahresviertel gegenüber dem Vorjahr um 2,0 Prozent und die Umsätze um 5,7 Prozent. Wegbrechende Aufträge hätten zur Folge gehabt, dass 80 Prozent der MEM-Unternehmen Kurzarbeit beantragen mussten. (sda)

Weitere Ermittlungen zu Postauto-Affäre

Postauto Im Rahmen des Verfahrens zu den illegalen Subventionsbezügen von Postauto ist das Bundesamt für Polizei offenbar auf neue Ungereimtheiten gestossen. Die Bundesanwaltschaft (BA) habe eine Strafanzeige des Bundesamtes für Polizei (Fedpol) erhalten. Und daraufhin im April 2019 ein Strafverfahren gegen unbekannt wegen des Verdachts der Vorteilsgewährung eröffnet. Auf Anfrage liess das Fedpol verlaufen, man sei innerhalb des Verwaltungsstrafverfahrens «auf möglicherweise strafbare Handlungen gestossen, die wir bei der Bundesanwaltschaft zur Anzeige gebracht haben». Laut «Blick» untersucht die BA, ob sich Mitarbeitende des Bundesamtes für Verkehr und Angestellte von Verkehrsbetrieben gegenseitig Vorteile verschafften. (sda)

Privatbank Falcon stellt das Geschäft 2021 ein

Banken Die Privatbank Falcon stellt ihre Aktivitäten für vermögende Privatkunden nächstes Jahr ein. Das Geschäft der Bank soll in eine andere Schweizer Bank überführt werden. Wer das ist, ist noch nicht bekannt. Nach einer strategischen Überprüfung haben der Verwaltungsrat und die Geschäftsleitung in Absprache mit dem Aktionariat die Reissleine gezogen. Die Kundenbeziehungen sollen auf eine andere Schweizer Bank übertragen und das Private-Banking-Geschäft eingestellt werden. Die Bank gehört der Mubadala Investment Company aus Abu Dhabi. (sda)

«Ich erwarte keine schnelle Besserung»

Corona-Massnahmen Der Ökonom Reiner Eichenberger sagt, der Bundesrat drohe Opfer seines Erfolgs zu werden. Die Schweiz solle die Steuern senken, um aus der Wirtschaftskrise zu kommen.

Dominik Feusi

Haben wir das Schlimmste überstanden?

Daran zweifle ich. Falls sich das Virus nun leicht kontrollieren lässt, war die bisherige Politik offensichtlich zu hart. Falls nicht, braucht es noch lange einschneidende Massnahmen zur Verhinderung weiterer Wellen. Denn je weniger Menschen das Virus schon hatten, desto härtere Massnahmen braucht es, um den Infektionsverlauf zu kontrollieren. Deshalb droht der Bundesrat Opfer seines Erfolgs zu werden.

Wie bitte?

Das Problem ist nicht der Bundesrat, sondern seine Entscheidungsgrundlage und die Daten. Die Infektionszahlen sagen wegen der hohen und variierenden Dunkelziffer wenig. Und die hohen Sterbezahlen sagen wenig, weil im Vergleich zu anderen Krankheiten nur wenige Lebensjahre verloren gingen, da die meisten Verstorbenen schon vorher sehr krank waren. Es gab weder genügend Obduktionen noch Befragungen von Angehörigen zum Gesundheitszustand der Verstorbenen. Der Bundesrat musste im Blindflug entscheiden. Dass wir heute nicht viel mehr wissen, ist bedrückend.

Und wie lange dauert die wirtschaftliche Krise noch an?

Ich erwarte keine schnelle Besserung. Die verbleibenden Massnahmen dämpfen die Konsumfreude und treiben die Kosten. Manche werden auch aus Angst vor dem Virus zu Hause bleiben. Für die Schweiz ist entscheidend, dass Export und Import von Gütern und Dienstleistungen wieder funktionieren. Und das sind wir von Ländern abhängig, die langsamer gesunden. Doch es wird auch unerwartete Gewinner geben. So dürften manche Hotels ihre beste Sommersaison haben: lauter voll zahlende Schweizer Gäste statt internationale Tiefpreisgruppen.

Die Schweizer Wirtschaft dürfte um rund 7 Prozent schrumpfen. Was bedeutet das?

Das ist sehr viel. Wegen des Einbruchs fehlen Steuereinnahmen beim Staat, Abgaben in den Sozialversicherungen, Umsatz bei den Unternehmen und Einkommen bei den Bürgern. Eine zweite Welle und Gefahren wie eine Konkurswelle, Liegenschafts-crash oder Schuldenkrise im Euroraum sind da nicht einmal berücksichtigt. Selbst wenn sich die Wirtschaft bis 2023 erholt: Der Schaden ist riesig.

Gleichzeitig stehen jetzt die Lobbyisten Schlange, um noch etwas für ihre Branche herauszuholen.

Jede weitere Hilfe hat zwei Probleme. Erstens kann man nicht



«Kredite sind viel besser als A-fonds-perdu-Beiträge»: Reiner Eichenberger. Foto: Raisa Durandi

allen helfen, weil die Hilfe wiederum von allen bezahlt werden muss. Hilfe für alle ist eine Last für alle. Zweitens sollten wir in der Politik nicht nur ans Geld denken.

«Ein grosser Schaden wurde auch durch die Vierfachbelastung von Frauen zu Hause angerichtet.»

Ausgerechnet ein Ökonom kritisiert, dass die Politik an Geld denkt?

Ja klar. Auch bei der Corona-Krise sind die nicht monetären Schäden riesig, etwa durch die Verzögerung von Ausbildungen oder aufgeschobene Behandlung anderer Krankheiten. Ein grosser Schaden wurde auch durch die Vierfachbelastung insbesondere von Frauen zu Hause angerichtet. Sie waren zwei Monate eingesperrt, mussten sich um die Kinder kümmern, den Haushalt schmeissen, den Mann ertragen und oft noch selber arbeiten. Sie sind wahrhaft systemrelevant und Heldinnen. Ich kenne kein

Papier des Bundesrates, das solche gesellschaftlichen Auswirkungen thematisiert.

Sie finden, jetzt sei genug Geld ausgegeben?

Ja. Jetzt müssen wir über die Effizienz des staatlichen Mittlereinsatzes reden. Nur so schaffen wir es über die düsteren Aussichten hinweg. Kluge Reformen schaffen gute Zukunftsaussichten, und diese sind der Katalysator, den die Gesellschaft braucht, um die Krise zu überwinden. Menschen und Firmen aus dem In- und Ausland beginnen dann wieder zu investieren.

Wie soll das geschehen?

Zum Beispiel indem wir aufzeigen, wie wir die Schulden, die wir jetzt gemacht haben, wieder abbauen. Damit signalisieren wir, dass die Schweiz auch in Zukunft höchste Standortqualität bietet.

Genügt das?

Nein. Wir müssen die Reform der Altersvorsorge sachlich und nachhaltig statt ideologisch anpacken, indem wir Anreize setzen, dass möglichst viele von sich aus länger als 65 arbeiten. Und wir sollten eine Klimapolitik zimmern, die nicht zu mehr Steuern und damit mehr Umverteilung führt, sondern mehr

Klimaschutz pro eingesetzten Franken bringt.

Kommen diese Themen überhaupt wieder auf die Agenda?

Ja sicher. Das Parlament baut gerade ein CO₂-Gesetz, das den Politikern gefällt, weil sie Geld verteilen können, und den Lobbys passt, weil sie es bekommen. Aber es ist extrem teuer und ineffizient, weil es nicht konsequent auf Kostenwahrheit für alle setzt. Ähnlich ist es beim Verkehr.

Dort soll es weitere Unterstützungsmassnahmen geben.

Der öffentliche Verkehr ist heute pro Personenkilometer schon fünf Mal so stark subventioniert wie der Privatverkehr – inklusive unbezahlter Umwelt- und Unfallschäden. Das führt zu Zersiedelung und auch mehr Autoverkehr vom Land in die Stadt. Damit müssen wir aufhören. Die Verkehrsteilnehmer müssen die wahren Kosten bezahlen. Warum haben wir bis jetzt kaum von zu Hause aus gearbeitet? Weil die Mobilität zu günstig war!

Können wir uns einen ineffizienten Staat überhaupt noch leisten mit der Schuldenlast aus der Krise?

Freiburger Professor

Reiner Eichenberger (58) ist Wirtschaftswissenschaftler und seit 1998 Professor für die Theorie der Finanz- und Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg. Eichenberger analysiert politische Institutionen und die sich in ihnen abspielenden Prozesse und forscht darüber, wie ökonomische Denkweisen das Verhalten von Menschen beeinflussen, weit über die Arbeitswelt oder die Politik hinaus. Er ist Forschungsdirektor des Crema (Center for Research in Economics, Management, and the Arts). Eichenberger lebt am Zürichsee. (fi)

Oberflächlich betrachtet können wir uns sehr viel leisten. Aber die Schulden von heute schränken uns und die nachfolgenden Generationen ein. Schulden machen ist bei der Linken populär, weil es Umverteilung ist. Die Steuern, die es zur Tilgung braucht, zahlen die zukünftigen Generationen und die Reichen, wegen der starken Steuerprogression.

Unsere Schulden sind immer noch gering. Es geht uns besser als beispielsweise Italien, Frankreich oder Spanien.

Ja, der Grund sind unsere Institutionen und wie sie funktionieren. Aber wir dürfen uns nicht mit krisengeschüttelten Staaten in Südeuropa vergleichen, sondern müssen uns mit den weltweit besten und innovativsten Ländern und Regionen messen, mit Skandinavien, Bayern, Baden-Württemberg, Südkorea, Taiwan oder Singapur zum Beispiel. Die Welt wird nach der Krise noch globaler werden, nur schon weil wir gelernt haben, über Videokonferenzen zusammenzuarbeiten.

Was fordern Sie?

Wir sollten die Steuern während einiger Jahre senken. Das gibt Personen und Unternehmen den Spielraum, den sie brauchen. Wir zeigen der Welt, dass wir einer der attraktivsten Standorte für Menschen und ihre Ideen bleiben. Wenn wir uns deswegen verschulden, dann wird die Schuld dereinst vor allem von jenen getilgt, die jetzt von der Steuersenkung profitieren. Das ist fairer als Umverteilung.

Die SP will das Gegenteil, nämlich eine Milliardärssteuer.

Die SP bleibt sich treu. Aber sie unterschlägt, dass die Schweiz schon heute die weitaus höchste Vermögenssteuer und die höchste Steuerprogression in Europa hat. In den meisten EU-Ländern gibt es keine Vermögenssteuer. Die Schweiz ist ein Steuerparadies für Normalbürger, aber Gutverdienende zahlen in den meisten Kantonen ähnlich viel Steuern und Abgaben wie in der EU. Die SP macht einen Denkfehler: Sie müsste das grösste Interesse an einem wirksamen Staat haben und die nun nötigen Reformen mitgestalten. «Mehr Umverteilung» ist kein Programm für eine zukunftsfähige und menschenfreundliche Schweiz.